

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: 3.00 Mk. monatlich 1.30 Mk. wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.30 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Anzeigeband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Frankreich, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Verlag: Ullstein.

Die Interfons-Gebühr

beträgt für die hochwertigste Anzeigenseite über deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Beraternotizen 30 Pf. für Kleinanzeigen 20 Pf. für sonstige Kleinanzeigen 10 Pf. (täglich 2 feldgebundene Blätter), jedes weitere Blatt 10 Pf. Etelengische und Schlafstellenanzeigen das erste Blatt 10 Pf., jedes weitere Blatt 5 Pf. Blätter über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Wittwoch, den 26. Juli 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Der langandauernde Krieg lastet schwer auf allen Völkern, die Opfer sind gewaltig und an die Spannkraft des einzelnen im Felde und daheim werden hohe Anforderungen gestellt. Da ist es mir zu begreifen, daß Mißmut und Unzufriedenheit ausgelöst werden.

Diese Stimmung wird leider in unverantwortlicher Weise von einzelnen Leuten mißbraucht, die die Arbeiterschaft verlocken wollen, zu Mitteln zu greifen, die nicht im geringsten geeignet sind, die Last zu erleichtern, wohl aber den Druck zu steigern.

In anonymen Flugblättern, die im Laufe der letzten Monate in Partei- und Gewerkschaftskreisen verbreitet wurden, wird versucht, Haß und Mißtrauen gegen die von den Arbeitern selbst gewählten Vertrauensleute zu säen. Gegen Männer, die seit vielen Jahren an der Spitze der Organisation der deutschen Arbeiterklasse stehen, wird der Vorwurf erhoben, daß sie die sozialistischen Grundsätze preisgeben, die Beschlüsse deutscher Parteitage und internationaler Kongresse mißachten, Parteiberrat betreiben und anderes mehr.

Diese Verdächtigungen und wüsten Schimpfereien könnte man unbeachtet lassen, wenn nicht zugleich die Arbeiterschaft zu unbefangenen Handlungen aufgefordert und gewissenlos die Propaganda für Streiks und Massenaktionen betrieben würde, für die die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei jede Verantwortung ablehnen müssen. Durch die Beschlüsse des Mannheimer Parteitages vom Jahre 1906 ist ausdrücklich die Vereinbarung mit den Gewerkschaften getroffen, daß bei politischen Massenaktionen vorher eine Verständigung und Beratung mit dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erfolgen muß. Wir konstatieren ausdrücklich, daß die Sozialdemokratische Partei und die Leitung der Gewerkschaftsbewegung mit dieser Propaganda nichts gemein hat; sie ist das Werk einzelner. Wohin soll es führen, wenn die Arbeiterschaft Aktionen unternimmt, die von Unberufenen auf eigene Faust und zwecklos eingeleitet sind? Die Folgen solch unbefangener Handlungsweise müßte jeder einzelne tragen; denn weder die Partei noch die Gewerkschaften könnten hier mit Unterstützung eingreifen.

Wir halten es deshalb für unsere Pflicht, die Arbeiterschaft vor dem Treiben der im Dunkel der Anonymität wirkenden Protest- und Generalstreikapostel nachdrücklich zu warnen.

Berlin, den 25. Juli 1916.

Der Parteivorstand.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Englischer Doppeldecker von deutschem U-Boot abgeschossen.

Kritisch. Berlin, den 25. Juli. (W. Z. B.) Am 24. Juli nachmittags wurde nördlich Seebrügge ein englischer Doppeldecker von einem unserer U-Boote abgeschossen und zum Niergehen auf das Wasser gezwungen. Die Insassen, zwei Offiziere, wurden von einem unserer Flugzeuge gefangen genommen, hierauf mit ihrem Flugzeug an Bord eines Torpedobootes befördert und nach Seebrügge eingebracht.

Zum russischen Ministerwechsel.

Kopenhagen, 24. Juli. (W. Z. B.) Russischen Blättern zufolge kam die Ernennung des bisherigen Justizministers Chwoftow zum Minister des Innern nicht unerwartet. Er genöß schon zur Zeit der Ministerpräsidentenschaft Goremykins das größte Vertrauen des Zaren. Als seinerzeit der Plan bestanden habe, Goremykin den Titel Reichskanzler zu verleihen und die Leitung des Ministeriums des Äußeren in seine Hand zu legen, hätte Chwoftow Stellvertreter des Ministerpräsidenten werden sollen. Dieser Plan wurde anscheinend in letzter Minute fallen gelassen. Chwoftow aber wurde bald nachher zum Stellvertreter des Ministerpräsidenten bestimmt und bekleidete diesen Rang auch unter Stürmer. Während seiner fast einjährigen Leitung des Justizministeriums habe Chwoftow, wie die Blätter betonen, weder in der Reichsduma noch der Presse Anlaß zu scharfen Angriffen gegeben. Er habe im Stillen gewirkt und sei Zusammenstößen mit der Reichsduma aus dem Wege gegangen. Dieselbe Taktik verfolgte auch Stürmer. Es sei darum zu erwarten gewesen, daß Stürmer bei Besetzung des Postens des Ministers des Innern Chwoftow vorschlagen würde. Chwoftows Leitung des Ministeriums des Innern bedeute also keine Kursänderung und werde keine Ueberraschungen bringen. Dagegen werde die Er-

Die Einleitung von Lohnbewegungen und Streiks ist Aufgabe der zuständigen Gewerkschaftsorganisationen; sie tun zurzeit alles, um den berechtigten Forderungen ihrer Mitglieder Nachdruck zu verleihen.

In der Lebensmittelversorgung bestehen außerordentliche Schwierigkeiten; wir haben nicht unterlassen, mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln die hier auftretenden Mißstände zu bekämpfen. Unausgeseht sind wir bemüht gewesen, die Leistungen der Fürsorge für die Arbeitslosen, die Kriegerverfahren, die Witwen und Invaliden zu verbessern.

Ablehnen müssen wir indes, Mittel in Anwendung zu bringen, denen von vornherein jeder Erfolg versagt ist. Deshalb haben wir auch sofort nach der Verkündung des Kriegeszustandes vor unüberlegtem Handeln gewarnt unter ausdrücklichem Hinweis auf die im Kriege geltenden Strafbestimmungen. Diese Warnung erneuern wir heute, wo mehr denn je kaltes Blut und ruhige Besonnenheit am Platze ist.

Gerade jetzt, wo an allen Fronten unsere Brüder im Waffentrock unter unsäglichen Opfern dem gewaltigen Ansturm der gegnerischen Massenheere standhalten müssen, wo kurz vor der Ernte die Lebensmittelversorgung die größten Schwierigkeiten bereitet, müßte jede unbefangene Aktion verhängnisvoll wirken und vor allem die Arbeiterklasse selbst am schwersten treffen.

Wie bisher so muß auch im Kriege die einheitliche Aktion der Arbeiterklasse aufrecht erhalten werden. Das war die Stärke der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, und diese wollen wir uns auch für die Arbeit nach dem Kriege erhalten. Wenn es Ernst ist mit der deutschen Arbeiterbewegung, der weise diejenigen, die die Arbeiter zu törichten Handlungen verleiten wollen, mit aller Entschiedenheit zurück. Wer das putschistische Treiben einzelner, jedes Verantwortlichkeitsgefühls harter Personen mitmacht, oder andererseits dafür zu gewinnen sucht, der dient weder der Arbeiterbewegung noch der Sache des Friedens, sondern trägt eher zur Verlängerung des Krieges bei.

Unsere wichtigste Aufgabe ist aber die baldige Herbeiführung des Friedens. Dieser großen Pflicht sind sich die berufenen Körperschaften der Arbeiterbewegung bewußt und sind unermüdet bestrebt, sie zu erfüllen.

Arbeiter, steht treu zu Euren Organisationen und weicht alle Zersplitterungsversuche zurück!

nennung des Reichsratsmitglieds Makarow zum Justizminister bei der Mehrheit der Reichsduma und der liberalen Presse gewiß starkes Mißfallen erregen. Makarow war vor Makalaw Minister des Innern und entwickelte in dieser Stellung mehr als die anderen Minister des Innern reaktionären Eifer. Als unverdächtigster Gegner der Reichsduma sowie des Volksvertretungsprinzips überhaupt sprach er in der Reichsduma die historisch gewordenen Worte: „Trotz aller Bemühungen der Reichsduma, ein liberales Regime einzuführen, wird in Rußland alles beim alten bleiben.“ Seitler gehört Makarow zum bestgehüteten Bureautanten. Nach seinem Sturz zum Reichsratsmitglied ernannt, schloß er sich der äußersten rechten Gruppe des Reichsrates an. Wie seinerzeit berichtet, nahm Makarow zugleich mit Makalaw und Schischeglowitow am Monarchistenkongreß in Petersburg teil, und die liberale Presse deutete dies als Bestreben der gewesenen Minister, sich durch demonstrativen Anschluß an die Bande der Schwarzen Hundert den Weg zur Regierungsmacht wieder zu bahnen. In betreff Makarows traf diese Deutung zu, und man darf bestimmt erwarten, daß Makarow von der Reichsduma und der Presse aufs heftigste bekämpft werden wird.

Kopenhagen, 24. Juli. (W. Z. B.) „Ruhige Slowo“ zufolge hätte Stürmer den Vorsitz in dem aus Ministern neuzubildenden Ausschuß erhalten sollen, dem die Entscheidung in allen mit der Versorgung der Armee und der Bevölkerung irgendwie in Zusammenhang stehenden Fragen obliegen würde. Damit hätte Stürmer in sämtlichen Fragen der Lebensmittelbeschaffung, des Transports, des Verkehrs und der Armeeverversorgung die weitgehendsten Vollmachten erhalten. Da sich dieses große Tätigkeitsgebiet keinesfalls mit der Leitung des Ministeriums des Äußeren vereinigen ließe, so ist daraus zu schließen, daß während des jüngsten Aufenthalts Stürmers im Hauptquartier ein Wechsel in der Leitung des Ministeriums des Äußeren noch nicht aktuell war, sondern erst später durch plötzlich eingetretene Umstände erfolgte.

Der Kampf des rumänischen Proletariats für den Frieden.

II.

Ueber die Vorgänge in Galatz kann zusammenfassend folgendes berichtet werden. Die Galager Arbeiter wollten am Sonntag, den 25. Juni, eine neue Versammlung und Demonstration gegen den Krieg und die Lebensmittelnot abhalten. Die Versammlung wurde aber verboten. Als Protest gegen dieses Verbot wurde am darauffolgenden Montag seitens der Galager Organisationen der Generalstreik proklamiert. Im Anschluß hieran wurde ein Straßenzug veranstaltet, an dem mehr als 5000 Arbeiter teilnahmen. Aber schon an der nächsten Straßenecke wurde den friedlichen Demonstranten durch einen Polizeikordon der Weg gesperrt, den sie durchbrachen. Vor dem Verwaltungsgebäude der „Navi-gatia Fluviala Romana“ (Rumänische Flugschiff-fahrt-Gesellschaft) wurden die Demonstranten von einer Abteilung Militär mit aufgeflossenen Bajonetten aufgehalten. Als die Arbeiter ihren Anzug fortsetzen wollten, zog der befehlhabende Leutnant seinen Revolver und feuerte auf den mit ihm wegen der ungesetzmäßigen Maßnahme par-lamentierenden Arbeiter ohne jede Aufforderung einen Schuß ab, der diesen tödlich traf. Der entsetzten, friedlichen Demon-stranten bemächtigte sich eine gewaltige Empörung gegen den Mörder. Rufe aus der Masse wurden laut: „Vorwärts, Mörder!“ Aber schon wurde Befehl zum Schießen gegeben, wiederum ohne vorherige gesetzliche Aufforderung. Eine Salve wurde abgefeuert, weitere 9 Arbeiter wurden getötet, 35 schwer verwundet. Vom Militär getrieben, das mit gefälltem Bajonetten gegen die Arbeiter vor-ging, zerstreute sich die Menge. Die meisten Toten und Ver-wundeten wurden von hinten getroffen, ein Beweis dafür, daß auf die fliehende Menge geschossen wurde. Mehr als 100 Arbeiter und Arbeiterinnen wurden verhaftet.

Dieser feige Mord von Galatz hat die Arbeiterklasse im ganzen Lande in die höchste Empörung versetzt. Beweist er doch, daß er in seiner ganzen Brutalität vorbedacht war. Nähere Mitteilungen der „Lupta“, des Zentralorgans unserer Partei, rüden diese Schandtat in ein ganz eigentüm-liches Licht. Die Aufforderung an die Demonstranten sollte gesetzmäßig durch den Staatsanwalt ergehen. Dieser war aber nicht zugegen. Nach Zeugenaussagen soll der Staats-an-walt aus einem Fenster des Gebäudes der N. F. N. ebenfalls auf die Menge mit dem Revolver gefeuert haben. Genosse Rakowski macht in einer Nummer der „Lupta“ die interessante Enthüllung, daß der abscheuliche Mordanschlag auf die Galager Arbeiter seinen Ursprung in der Rivalität zwischen dem Präfekten und dem Bürger-meister von Galatz hat! Danach hat der Galager Präfekt Gussi einer Arbeiterabordnung, die über die Ursache des Verbots der Versammlung vom Sonntag interpellierte, ge-antwortet: „Ich mußte die Versammlung und die Demon-stration verbieten, damit der Bürgermeister aufhört, mich zu beschuldigen, daß ich Demonstrationen gegen ihn veranstalte!“ Der junge „heldenmütige“ Leutnant Eliad hat einem bürgerlichen Journalisten in einem Interview erklärt, er habe vom ersten Staatsanwalt Befehl zum Schießen ge-habt. Er hatte die Schamlosigkeit, sich noch dessen zu rühmen, daß er selbst zwei Arbeiter mit dem Revolver nie-dergestreckt habe. Er sagte wörtlich: „Wo war Ra-kowski? Warum war er nicht an der Spitze der Demon-stranten?“ Diese letzte Aeußerung des Leutnants in Verbin-dung mit seiner Erklärung, er habe Befehl zum Schießen ge-habt, läßt darauf schließen, daß ein Mordanschlag gegen den Genossen Rakowski, den sie unter den Demonstranten vermuteten, seitens der Galager Behörden geplant war.

Dies alles hindert natürlich die Regierung nicht, die ganze Schuld von sich zu weisen und auf die Arbeiter und ihre Führer zu schieben. — In einem Regierungskommuniqué über den Galager Mord heißt es unter anderem: „Dr. Rakowski hat die Galager Arbeiter zum Generalstreik aufgereizt, . . . seine Agenten haben die Arbeiter aufgefordert, sich gegen die Truppen zu werfen,“ um dann in gebuchelter moralischer Entrüstung zu schließen: „alle recht denkenden Menschen können diese verbrecherischen Treibereien des Dr. Rakowski und seiner Agenten nur entschieden verurteilen, die alles tun, um Unordnung und Auflehnung zu provozieren.“

Der Zweck dieser Uebung ist nur allzu durchsichtig: die Mörder der Galager Arbeiter sollen gedeckt und gegen den Genossen Rakowski soll eine Handhabe geschaffen werden. Nicht umsonst werden schon jetzt Stimmen laut, die die Aus-weisung des Führers der rumänischen Arbeiterklasse aus dem Lande verlangen. Die Tatsachen sprechen aber eine so bereedte Sprache, daß der inzwischen als „Anstifter“ verhaftete Genosse Rakowski wieder auf freien Fuß gesetzt werden mußte. Andererseits hat die Untersuchung ergeben, daß bei keinem der verhafteten hundert Demonstranten irgendwelche Waffen gefunden wurden.

Die organisierte Arbeiterklasse Rumäniens antwortete auf den abscheulichen Mord in Galatz, indem sie für den 29. Juni den Generalstreik über Bukarest, Ploesti und Braila proklamierte. Der Generalstreik gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung gegen die Kriegs- und Lebens-

mittelpolitik der Regierung sowie gegen die Provokation der Galager Behörden. Am gleichen Tage wurden in fast allen Städten Rumäniens Protestversammlungen abgehalten, in denen Resolutionen gegen die Kriegsbege, die Lebensmittelnot und gegen die Veranstalter des Galager Blutbades gefaßt und Sympathiebekundungen für die Opfer dieses hebrölichen Nordes angenommen wurden.

Besonders eindrucksvoll war die Protestversammlung in Bukarest. Trotz der Gegenmaßnahmen ruhte die Arbeit in fast allen Fabriken, Werkstätten usw. Schon in den ersten Morgenstunden zogen unter den Klängen der Internationale Arbeitergruppen mit umflorten roten Fahnen nach dem Versammlungslokal. Die Stadt bot dank der militärischen Maßnahmen der Regierung den Eindruck einer vom Feinde befreiten Stadt. Infanterie- und Kavalleriepatrouillen durchzogen seit den ersten Morgenstunden die Stadt, Gendarmerieabteilungen kreuzten sich an den Straßenenden mit Sanitätskolonnen. Die wichtigsten Gebäude waren unter militärischen Schutz gestellt. Die staatliche Tabakregie war von Infanterie und Kavallerie umzingelt, bei den Werkstätten der Staatseisenbahnen waren Kanonen, vor dem Eisenwerk Vemaitre Maschinengewehre aufgestellt. In vielen Fabriken wurden die Arbeiter unter militärischem Zwang zur Arbeit geführt. Das vermochte aber die Demonstration nicht zu verhindern, die einen riesigen Umfang annahm. Das Versammlungslokal konnte bei weitem nicht alle Teilnehmer fassen, weitere Versammlungen wurden auf dem Hofe und auf den Straßen abgehalten. Nach den Versammlungen zogen die Demonstranten, denen auch viele Bürgerliche sich anschlossen, mit den Rufen: Nieder mit der Regierung! Nieder mit den Mördern! Krieg dem Krieger! Hoch der Friede! durch die Hauptstraßen Bukarests. Noch nie hat die Hauptstadt eine so gewaltige Demonstration erlebt. Der Erfolg des Generalstreiks und des Meetings war ein durchschlagender. Das sozialdemokratische Zentralorgan „Lupta“, welches den Kampf der Arbeiterklasse energisch unterstützte, ist am Generalstreiktag schwarz unrandert in zwei Ausgaben erschienen, die blitzschnell vergriffen wurden. Der 29. Juni war für die rumänische Arbeiterklasse und für die rumänische Sozialdemokratie in Wahrheit eine gewonnene Schlacht.

So hat der Kampf unserer rumänischen Genossen für den Frieden durch die Vorgänge in Galag, die die Bewegung aufhalten sollten, nur noch weitere Impulse erfahren. Seitdem nimmt die Bewegung im Lande täglich an Umfang und Stärke zu. Mit der Verschärfung der äußeren Lage nimmt die innere Krise einen immer bedrohlicheren Charakter an. Sollten die Kriegsheer sich mit der Absicht tragen, von Worten zu Taten überzugehen, so werden sie jedenfalls das im Kampf gestählte rumänische Proletariat auf seinem Posten finden.

Bevorstehendes Eingreifen Rumäniens?

Frankfurt a. M., 25. Juli. (Z. U.) Der Korrespondent der „Frankf. Btg.“ in Bukarest berichtet unterm 18. Juli: Ich muß betonen, daß auch ernste Politiker aus den Kreisen der Opposition und auch Anhänger der Regierung an einen bevorstehenden Eingriff Rumäniens zu glauben scheinen. Vielleicht werden sie von der Tatsache veranlaßt, daß bekanntlich mehrere Züge mit Munition über Rußland endlich eingetroffen sind, vielleicht auch von kleineren Symptomen, wie z. B. daß die Straßenlaternen geblendet werden, um die Stadt vor Luftangriffen zu schützen. Die ihm jetzt günstigen Umstände nützt der Vierverband selbstredend weidlich aus. Doch er auf die rumänische Regierung einen Druck auszuüben sucht, ist sicher. Jetzt könnte der Eingriff Rumäniens dem Vierverband dienen, später würde er sich dafür bedanken, so lautet ein letztes, aber gewiß nicht das letzte Mahnwort. Jedoch hat der Ministerrat es abgelehnt, darauf einzugehen. Man darf aber zusammenfassend sagen, Rumäniens Gefühle sind auf Seiten Frankreichs. Seine Wünsche, die auf Siebenbürgen zielen, drängen es an die Seite des Vierverbandes. Die Politik der Wirklichkeiten, welche Bratiano treibt, hat aber zur Folge, daß, solange keine zweifelslose Entscheidung auf dem Kampfschauplatz eintritt, Rumänien seine Neutralitätspolitik fortführen wird. Die Gefahr eines nahe bevorstehenden Friedens könnte hierin eine Änderung herbeiführen.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 25. Juli. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Montag nachmittag. An der Somme war die Nacht ruhig. Das Wetter war schlecht. Nördlich der Aisne drangen französische Erkundungsabteilungen in feindliche Schützengräben bei Bailly ein und führten Gefangene mit zurück. Auf dem rechten Ufer der Maas machten die Franzosen bei Zellunternehmungen in der Nachbarschaft von Chapelle-Sainte-Fine etwa 80 Gefangene. Nach neuen Nachrichten beträgt die Gesamtsumme der Gefangenen in diesem Abschnitt mehr als 800. Im Laufe der Nacht bombardierte ein deutscher Flieger Lunéville, wo eine Person verwundet wurde. Unterleutnant Chaput brachte gestern sein sechstes Flugzeug zum Absturz, das bei Fresnois in der Boevre niederkam. Ein anderes deutsches Flugzeug, das von einem französischen Flieger angegriffen wurde, zerbrach beim Fort Vouz. In der Nacht vom 22. zum 23. und während des 23. bombardierten französische Flieger mit acht Geschossen den Bahnhof von Conflans, mit 40 Geschossen Voraden bei Signeulles und mit 25 die Kasernen und den Flugplatz von Dieuze.

Paris, 25. Juli. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Montag abend. Südlich der Somme erbeuteten wir heute früh bei einer Einzelunternehmung eine feindliche Batterie südlich des Dorfes Estrées. Seit dem 20. Juli haben wir an der Somme-Front mehr als 80 deutsche Maschinengewehre erbeutet. Auf dem rechten Ufer der Maas bemächtigte sich unsere Infanterie nach lebhaftem Kampf einer Schanze unmittelbar westlich des Dorfes L'haumont, 5 Maschinengewehre und 45 Gefangene blieben in unserer Hand. An der übrigen Front verlief der Tag ruhig.

Flugdienst. Einer unserer Piloten, Unterleutnant Desorme, der schon sechsmal im Tagesbefehl genannt worden ist, hat sich noch durch eine Reihe weiterer Bombenabwürfe auf vom Feinde besetzte Bahnhöfe ausgezeichnet.

Belgischer Bericht. Der Tag verlief an der ganzen Front ruhig.

Die englische Meldung.

London, 24. Juli. (W. Z. V.) Amtlich. Britischer Heeresbericht. Abgesehen von weiterem schwerem Geschützfeuer von beiden Seiten war die Nacht verhältnismäßig ruhig. Auch die wiederholten schweren Gegenangriffe des Feindes brachten ihm keinen Vorteil ein und unser Artillerie- und Maschinengewehrfeuer schlugen ihm sehr schwere Verluste zu. Wir gewannen einiges Gelände beim Bourcaux-Waldchen und in der Richtung von Guilleumont. In der Umgebung von Pozieres errangen unsere Truppen trotz der hartnäckigen Verteidigung des Feindes bedeutende Vorteile; ein

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 25. Juli 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich der Somme wurden nach dem gescheiterten englischen Angriff vom 22. Juli gestern die englisch-französischen Kräfte auf der Front Pozieres-Maurepas zu entscheidendem Stoße zusammengefaßt. Er ist wieder zusammengebrochen, meist schon im Feuer, an einzelnen Stellen nach scharfem Nahkampf, so östlich von Pozieres, am Bourcaux-Waldchen bei Longueval und bei Guilleumont. Wieder haben sich die brandenburgischen Grenadiere und die tapferen Sachsen vom 104. Reserve-Regiment glänzend bewährt.

Südlich der Somme führten gleichzeitig die Franzosen starke Kräfte im Abschnitt Estrées-Soyecourt zum Sturm, der nur südlich von Estrées vorübergehend Boden gewann, sonst aber unter schwersten blutigen Verlusten für den Gegner zerfiel.

Im Masgebiet zeitweise heftige Artilleriekämpfe. Links des Flusses kam es zu unbedeutenden Handgranatenkämpfen; rechts desselben wiederholte der Feind mehrmals seine Wiedereroberungsversuche am Rücken „Kalte Erde“. Er wurde im Sperrfeuer abgewiesen.

Nördlich von Balschweiler (Elsas) brachte eine unserer Patrouillen 30 Gefangene aus der französischen Stellung zurück.

Leutnant Baldamus schloß südlich von Binarville einen französischen Doppelderer ab und hat damit seinen vierten Gegner außer Gefecht gesetzt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Vorstöße schwächerer russischer Abteilungen südöstlich von Riga und Patrouillen an der Düna wurden abgewiesen.

Bei der Heeresgruppe des Generals v. Linz sind feindliche Angriffe an der Stenowla-Front südlich von Berezeckje in geringer Breite bis in die vordersten Verteidigungslinien gelangt.

Westlich von Durlanow wurde ein russisches Flugzeug im Luftkampf abgeschossen.

Valkan-Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 25. Juli. (W. Z. V.) Amtlich wird verlautbart:

Russischer Kriegsschauplatz.

Südlich des Dnepr, westlich von Oberytn, brach gestern ein Angriff in unserem Feuer zusammen. Russische Erkundungsvorstöße südwestlich von Lubaczowka wurden abgewiesen. Sonst verlief der Tag ruhig.

Seit heute morgen entwickeln sich Kämpfe südlich von Berezeckje.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Südlich des Val Sugana setzt der Feind immer wieder zu neuen Vorstößen an. Aus der Gegend der Cima Maora ging vormittags starke italienische Infanterie dreimal vor. Sie wurde jedesmal, zum Teil im Handgemenge, blutig abgewiesen. Im Raume des Monte Jebio erfolgte nachmittags ein neuer starker Angriff. Dem Feind gelang es, in einen unserer Gräben einzudringen, er wurde jedoch wieder vollständig hinausgeworfen.

Zum wiederholten Male greifen die Italiener mit frischen, ausgeruhten Truppen in diesem Gebietsabschnitt des Grazer Korps an. Die schon in den vergangenen Kämpfen unvergleichlich tapferer Haltung der Truppen dieses Korps macht jede feindliche Anstrengung vergebens. Das italienische Artilleriefeuer steigerte sich bei den Angriffen zu ungewöhnlicher Kraft; alles umsonst. Die feindlichen Verluste sind täglich außerordentlich schwer. Am Stifter Joch wurde der Angriff einer Alpini-Kompagnie auf die Ragler-Spitze abgewiesen. Auf den Höhen südöstlich Borgo scheiterten zwei italienische Nachtragsangriffe. Im Gebiete des Kolle-Passes saute die Gechichtstätigkeit nach den italienischen Misserfolgen der letzten Tage merklich ab.

An der Isonzo-Front schwerstes Geschützfeuer gegen St. Lucia und die Brückenschanze südlich Podgora. Feindliche Angriffe gegen unsere Stellungen am Monsalcone-Rücken wurden abgewiesen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Oester, Feldmarschallleutnant.

großer Teil des Dorfes ist jetzt in unseren Händen. In dieser Gegend erbeuteten wir zwei Geschütze und machten über 80 Gefangene.

London, 24. Juli. (W. Z. V.) Amtlich. Der Kampf im Dorfe Pozieres dauert fort. Die Gesamtzahl der von den australischen Truppen gemachten Gefangenen stieg auf 8 Offiziere und 145 Mann. An den anderen Abschnitten der Schlachtfrent herrschte beiderseits beträchtliche Artillerietätigkeit. Zwischen Ancre und der See ereignete sich nichts Besonderes.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 25. Juli. (W. Z. V.) Amtlicher Nachmittagsbericht vom 24. Juli.

Westfront: An der Dwa vertrieben wir gestern die Deutschen aus dem Dorfe Haliczany (18 Kilometer westlich Dwa), machten Gefangene und erbeuteten ein Maschinengewehr. Am 21. Juli ergab sich unseren Truppen bei Kolnow (8 Kilometer östlich Haliczany) an der Dwa eine österreichische Feldkompagnie, bestehend aus 198 Mann, in voller Stärke.

Kaukasusfront: Die Offensiv der Kaukasusarmee schreitet erfolgreich fort. Am 22. Juli griffen in der Richtung auf Koful überlegene türkische Kräfte während des ganzen Tages unser Detachement bei Mahat (58 Kilometer östlich Rowanbu) frontal und umfassend an. Unser Feuer und unsere Gegenangriffe hielten den feindlichen Angriff an.

Zusatz: Folgende Einzelheiten über den Tod des Oberst Tartarow, der im Bericht vom 21. Juli erwähnt wurde, werden berichtet: Von einer Schrapnellkugel in die Herzgegend getroffen, rief der Oberst: „Ich sterbe“, sprang dann aber sofort wieder auf mit dem Ruf: „Vorwärts das Regiment!“ und starb.

Petersburg, 25. Juli. (W. Z. V.) Amtlicher Abendbericht vom 24. Juli. Westfront: Am 22. des Tages hat sich nichts Wichtiges ereignet. — Kaukasusfront: An der Straße nach Erzindjan in der Gegend von Ziare (wahrscheinlich Zingana-Bah, 15 Kilometer nördlich Ardaja) schlugen unsere Truppen zwei türkische Gegenangriffe ab und besetzten die Höhen bei Agil. (1) Unsere Offensiv schreitet fort. Festlich der Straße nach Erzindjan besetzten wir den Dorona-Abschnitt (17 Kilometer südlich Ardaja), nachdem wir mehrere türkische Angriffe abgeschlagen hatten. Unsere Kavallerie erreichte die Linie Baz Tepe (2) — Vertelle (3) wahrscheinlich 20 Kilometer südwestlich Dorona.

Türkische Truppen für Galizien.

Berlin, 25. Juli. (W. Z. V.) Wie verlautet, ist binnen kurzem mit dem Auftreten türkischer Truppen in den Kämpfen gegen die Russen in Galizien zu rechnen. In der Tatfrage kann man den Beweis für die militärische Schlagfertigkeit der Türkei und für die Einheitlichkeit der Kampffront bei den Mittelmächten erblicken.

Der russische Gouverneur für die Bukowina.

Kopenhagen, 24. Juli. (W. Z. V.) Die „Ruhlose Stowo“ berichtet, hat der neue Generalgouverneur der eroberten Gebiete in der Bukowina und in Galizien Trepow den Departementsdirektor im Ministerium des Innern Stremow und den Chef der Personalabteilung desselben Ministeriums Boborykin zur Regelung der neuen Verwaltung hinzugezogen. Trepow wurde vom Jaren bevollmächtigt, auch Vertreter der Bevölkerung zum Staatsdienst heranzuziehen und den Selbstverwaltungskörpern die weitestgehende Unterstützung zu gewähren, damit diese ein Glied zwischen der Staatsverwaltung und der Bevölkerung bilden und für Ruhe und Ordnung wirken können. Die Grundlage der Politik Trepows soll eine wohlwollende Behandlung aller Nationalitäten und Gesellschaftsschichten im eroberten Gebiet sein.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 24. Juli. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. Vom Stifter Joch bis zum Lagarina-Tal lebhaftes Artilleriefeuer. Im Nisch-Abschnitt dauern unsere erbitterten Angriffe gegen die Stellung des Monte Cimone mit gutem Erfolge an. Am gestrigen Tage nahmen wir einen Schützengraben ein wenig unterhalb des Gipfels des Berges. Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden unternahm der Gegner zwei Angriffe gegen die Verschanzungen auf den Abhängen des Monte Jebio, die wir am 22. Juli erobert hatten; er wurde zurückgeschlagen und erlitt schwere Verluste. Zwischen Cimone und Viso vollendeten unsere Truppen die Besetzung der Hochtäler von Travignola und San Pellegrino. Sie besetzten die Cima Stradone nördlich des Col Vericon und neue Stellungen auf den Nordabhängen der Cima di Bocche. Die feindliche Artillerie setzte gestern ihr Feuer auf Cortina d'Ampezzo fort. Wir führen gleichfalls fort, Ortshäuser des Drautales zu beschießen. Im oberen Pella-Tal und im Abschnitt des Monte Nero besonders starke Tätigkeit der feindlichen Artillerie.

Vom U-Boot-Krieg.

Haug, 25. Juli. (W. Z. V.) Niederländische Telegraphen-Agentur. In Scheveningen ist am Abend des 24. Juli der Logger „S. A. 208“ mit 28 Schiffbrüchigen von drei norwegischen Holztransportschiffen eingelaufen, die am 22. Juli 35 Meilen von der englischen Küste durch ein deutsches Unterseeboot verlenkt worden sind. Die Mannschaft ist von dem U-Boot in ihren Booten zum Logger geschleppt worden. Die Besatzung des vierten Holztransportschiffes ist von einem anderen Schiffe aufgenommen worden.

Einlenken Englands in der holländischen Fischerfrage.

London, 25. Juli. (W. Z. V.) Das Reutersche Bureau meldet: Der Umfang der Fischlieferungen durch die holländische Fischerflotte nach Deutschland hat bereits vor einiger Zeit ernste Aufmerksamkeit der britischen Regierung gefunden. Der britischen Regierung ist gut bekannt, daß ungefähr 90 Prozent der Fische und ein beträchtlicher Teil der anderen Fische, die durch holländische Fischerfahrzeuge gefangen worden sind, direkt an die deutschen Einkäufer verkauft werden. Die britische Regierung hat es daher für notwendig gefunden, eine Anzahl holländischer Fischdampfer vor das Preisengericht zu bringen und eine andere Zahl wegen Fisches in verbotenen Gewässern festzuhalten — eine Praxis, die von holländischen Fischern trotz Warnungen auch von ihrer eigenen Regierung beharrlich angewandt wird. Die britische Regierung erkennt an, daß diese Maßnahmen einige Härten enthalten. Sie hat deshalb ihre Bereitwilligkeit ausgedrückt, mit Vertretern der holländischen Fischereinteressen wegen Erleichterung der Lage sich zu besprechen.

Lloyd George über die Kriegslage.

London, 24. Juli. (W. Z. V.) Reuter. Im Unterhause bemängelte Churchill, daß Asquith in seiner Rede keinen Ueberblick über die militärische Lage gegeben habe.

Lloyd George bemerkte, daß es unmöglich sei, sich während der Witter der Schlacht über die militärischen Ausichten zu verbreiten; diese seien aber gut. Die englischen Generale wären mehr als befriedigt von den erzielten Fortschritten. Die neuen Bürgerarmeen drängen den gewaltigen Feind zurück, der seine geistigen Kräfte während zweier Menschenalter der Kriegswissenschaft gewidmet habe. Was sich in dieser oder auch einer anderen Schlacht ereignen möge, er habe keinen Zweifel und hege volles Vertrauen, daß der Sieg gesichert sei. Ein Umstand habe ihm und den leitenden Männern Besorgnis eingegeben. Sie hätten zwar gewußt, daß die Ausrüstung in einer Zeitdauer geliefert worden sei, in welcher keine Armee der Welt vorher ausgerüstet worden sei, die Frage sei aber gewesen, ob Leute mit nur einer sechsmonatigen Ausbildungszeit die Ausrüstung anzuwenden wüßten und instande gewesen seien, die vorzüglichsten Geschütze in solcher Weise zu bedienen, daß sie keine Ziele auf drei oder vier Meilen Entfernung treffen könnten. Und dies hätten sie getan. Jetzt sei bewiesen, daß die englischen Soldaten ihre gesamten Weisheits- und Willenskräfte aufgebieten hätten, um ihre Geschicklichkeit so zu vervollkommen, daß sie den Sieg für ihr Land erringen könnten. Dies sei es, was ihm Vertrauen einflöße. Die Ueberzahl und alle anderen Hilfsquellen seien auf ihrer Seite.

Die einzige Besorgnis sei gewesen, daß die Jahre der Ausbildung und Vorbereitung auf Seiten einer großen Militärmacht nicht zu überwinden gewesen wären. Die britischen Soldaten hätten aber gezeigt, daß dies nicht so sei und daß britische Gewandtheit in der Erleichterung von Hilfsquellen und geistige Beweglichkeit in wenigen Monaten instande sein würden, einem Gegner den Sieg zu entreißen, der zu einem Zeitpunkt unüberwindlich erschienen wäre. (Weisfall.) Die Lehren dieser Schlacht seien, daß die Engländer mit allem Hilfsmaterial, das ihnen zu Gebote steht, gegen den Feind drücken müßten und dann würde der Sieg ihnen gehören. (Weisfall.)

Die irische Bill.

London, 25. Juli. (W. Z. B.) Unterhaus. Im Laufe der Diskussion über die irische Frage sagte Redmond, wenn die Bill über den irischen Ausgleich in einigen Einzelheiten von den zwischen den beiden irischen Parteien und Lloyd George vereinbarten Bedingungen abwich, würden sich die Nationalisten der ganzen Bill widersetzen.

Lloyd George erwiderte, da die Unionisten auf einer Abänderung bezüglich der Teilnahme der Nationalisten am Reichsparlament nach Herstellung von Homersdale bestanden hätten, könne er die Bill nur einbringen, wenn die Nationalisten diese Abänderung annähmen. Dagegen erhoben die Nationalisten lauten Widerspruch. Lloyd George drückte sein tiefstes Bedauern darüber aus, daß das Bemühen der Regierung, den Ausgleich sicherzustellen, ohne Erfolg gewesen sei.

Carson betonte nachdrücklich die Notwendigkeit einer Einigung zwischen den Nationalisten und den Unionisten und drückte den lebhaftesten Wunsch aus, den Ausgleich in seiner ursprünglichen Gestalt durchzuführen. Er gab dabei unumwunden zu verstehen, daß er der Abänderung, gegen die sich die Nationalisten auflehnten, wenig Bedeutung beilege.

Eine Richtigstellung.

Zu unserer Notiz „Wanderbeweise an der Front“ („Vorwärts“ vom 1. Juli) wird uns aus Amsterdam mitgeteilt, daß die darin wiedergegebene Mitteilung des Pariser „Nasche Slovo“ jeder Grundlage entbehre. Wir bedauern, durch diese Nachricht des sonst gut informierten Blattes irreführend worden zu sein.

Politische Uebersicht.

Aus den Kriegszieldebatten.

Da der Erörterung der Kriegsziele noch immer die von Tag zu Tag lästiger werdenden Schranken gesetzt sind, bewegt sich die Debatte über dieses Thema in den notwendigen verfahrenen Bahnen. Im „Tag“ veröffentlicht der Rielser Professor Reinke einen Artikel über „Mesopotamische Politik“, in der die öffentliche Aufmerksamkeit auf das hinter der Erörterung des Kriegsziels nach dem Westen etwas zurückgetretene Ziel im Südosten hinweist. Professor Reinke erinnert daran, daß Mesopotamien einst zu den wohlhabendsten Gegenden der Erde zählte und durch Erneuerung der Bewässerungsanlagen wieder werden kann: Dies ist der Grund, daß von zwei Seiten her die Zukunft Mesopotamiens als politisches Problem ins Auge gefaßt wurde; von den deutschen Mittelandspolitikern und von den Engländern.“ Professor Reinke sucht weiter nachzuweisen, daß die Absicht der wirtschaftlichen Erschließung von den beiden Staaten in etwas verschiedener Form durchzuführen versucht wird. Während England die Absicht habe, aus Mesopotamien einen Pufferstaat unter der Vormundschaft Englands nach dem Muster Ägyptens zu schaffen, gehe die deutsche Politik dahin, durch Erschließung Mesopotamiens die Türkei politisch, militärisch und wirtschaftlich zu stärken. Deutsche Ingenieure und deutsche Maschinen und deutsches Kapital, d. h. also das Finanzkapital und die Industrie Deutschlands sollen dabei helfen und gleichzeitig den Vorteil davon haben. Ausgeschlossen sei es dagegen, daß eine Besiedelung des Landes durch deutsche Bauern stattfinden könne. Zum Schluß warnt Reinke davor, sich allzu vielen Illusionen über die Vorteile der mesopotamischen Politik hinzugeben.

Wir betrachten den ganzen Artikel als ein neues Glied in der Kette systematischer Bearbeitung der Dessenlichkeit zur Ablenkung von dem Kriegsziel im Westen, das unsere ausgeprägten Annektionenpolitiker verfolgen. In der „Deutschen Tageszeitung“ vermindert sich der in seinem Ziel so konsequente Graf Reventlow in einige Widersprüche bei der Begründung dieses Ziels. Professor Delbrück hatte kürzlich im „Tag“ den Nachweis zu führen versucht, daß das Unterseeboot die erforderliche „reale Garantie“ nach Westen hin sei und daß weitergehende Forderungen in bezug auf Belgien deshalb abgelehnt werden könnten. Derselbe Graf Reventlow, der uns bisher von der Notwendigkeit und Brauchbarkeit des rücksichtslosen U-Bootkrieges zur völligen Niederrückung Englands zu überzeugen suchte, erklärt jetzt plötzlich, daß das U-Boot keineswegs in Zukunft ausreichende „reale Garantien“ gegenüber der Seeherrschaft Englands bieten könne. Graf Reventlow hält also die Einbeziehung Belgiens in den deutschen Machtkreis, um uns ganz vorläufig auszubriden, für notwendig, um ein Uebergewicht Englands in Zukunft zu verhindern. Um dieses Kriegsziel gegenüber Belgien durchzuführen, verlangt Graf Reventlow aber weiter die sofortige uneingeschränkte Anwendung der U-Bootwaffe, d. h. desjenigen Kriegsmittels, dem er für die Zukunft eine entscheidende Bedeutung abspricht. Es ist Sache des Grafen Reventlow, diesen Widerspruch aufzuklären. Wir, die wir „reale Garantien“ für den Frieden in ganz anderen Dingen als in den vom Grafen Reventlow empfohlenen Mitteln erblicken, stehen den Gedankengängen sowohl Delbrücks als Reventlows ablehnend gegenüber.

Wie sich die Freunde Reventlows die Verwirklichung der realen Garantien im Westen vorstellen, mag aus einer Polemik der „Berliner Neuesten Nachrichten“ gegen den Beschluß des Parteiausschusses ersicht werden. (Von unserem Standpunkt aus vermissen wir in der Resolution des Parteiausschusses eine klare und scharfe Beantwortung der Stellung des Proletariats zu den Friedensfragen.) Die freikonserватiven „Neuesten Nachrichten“ schreiben:

„Diese Entschlieung bezieht sich im Grunde selber in den Schwanz. Denn wenn die politische Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit bei der Geographie unseres Landes und unseres bisherigen Schlupfweges auf das „freie Meer“ hinaus gar nicht anders zu erreichen ist, als durch dauernde Beschöpfung von Sicherungsland unter deutscher politischer und militärischer Herrschaft, dann wird die sozialdemokratische Theorie sich wohl der deutschen Notwendigkeit heugen müssen. Man entferne nur den für das Weltkriegsbild gar nicht mehr zutreffenden Begriff der „Annexion“ und der „Völker-Einverleibung“! Auf das Land kommt es an, auf nichts weiter. Gänzlich ohne Bevölkerung ist das Land uns ja am genehmigsten (außer soweit es sich um deutsche und germanische Stämme und alte Siedlungsgebiete handelt). Dem deutschen Volk der Zukunft gilt es, die Wiederholung des Weltkrieges zu ersparen. Und die Gewinnung von Land und Bodenwerten und von einem gefesteten Anschlag an die „freie Meere“ sichert ja allein der deutschen Industrie weitere Ausbreitungsmöglichkeit — und sichert gerade den industriellen Arbeitern das Brod der Zukunft. Gerade wegen unserer Arbeiterschaft gilt es auch: den härtesten deutschen Frieden zu schaffen, der denkbar und erreichbar ist. Kein bisheriges Parteiprogramm der Sozialdemokratie kann von dieser Verantwortung und Pflicht an der Zukunft den leitenden Staatsmann und die mitarbeitenden Politiker entlasten oder befreien.“

Die eifrigen Bemühungen, angebliche Interessen der Arbeiter zur Begründung der eigenen Forderung vorzuschieben, sind höchstens ein Beweis dafür, daß die „Nachrichten“ ungern von den Interessen der von ihr vertretenen Kreise an Land-erwerbungen sprechen.

Dem „Berliner Tageblatt“ und dem neuen Nationalauschau war in der „Post“ der Vorwurf gemacht worden, daß ihre Arbeit als Anzeichen einer Entmutigung Deutschlands aufgefaßt und damit Wasser auf die Mühle unserer Feinde geliefert werden könnte. Das „Tageblatt“ antwortet darauf kurz und treffend:

„Die Gegenfrage ist gestattet, ob nicht die lauten Forderungen der Annektionisten vielmehr geeignet sind, den Feind zu immer neuen Kräfteanstrengungen aufzustacheln. Ein Staat, der hinter den Kriegsziele der sechs Wirtschaftsbünde steht, sollte nicht anderen Leuten vorwerfen, daß sie „Wasser auf die Mühle unserer Feinde liefern.“

Wer die ausländische Presse kennt, weiß, daß die Gegenfrage des „Tageblatts“ nur zu berechtigt ist.

„Breitere Schultern.“

Die „Kreuz-Zeitung“ bezeichnet unsere gestrige Auslegung ihres Hinweises auf die Notwendigkeit der Belastung der „breiteren Schultern“ als ein Mißverständnis.

„Unserer Bemerkung“, schreibt sie, hatten wir den Sachverhalt, daß bei der Feststellung der Kriegsziele im Westen nicht allein der Gesichtspunkt der Sicherung in Frage komme. Sondern auch, so hätte die Ergänzung zu lauten, der der Schadenshaltung. Wir hatten uns außerdem auf den Gedanken der „Vossischen Zeitung“ bezogen, daß Annektionen unter Umständen als Mittel der wirtschaftlichen Sanierung annehmbar seien. Danach konnte es gar nicht zweifelhaft sein, daß wir die Verbreiterung der Traglast für größere Lasten nicht im eigenen Interesse suchten, sondern eben durch Einzunahme neuer Lastenträger von außerhalb.“

Danach ergibt sich nicht nur eine rührende Uebereinstimmung der „Kreuz-Zeitung“ mit den gestrigen hier wiedergegebenen Äußerungen Herrn Georg Bernhards, sondern noch eine weitere Entwicklung des Annektionsgedankens, wie ihn die „Kreuz-Zeitung“-Männer vertreten. Herr Bernhard proklamierte einfach den Grundsatz: „Land oder Geld!“ Die „Kreuz-Zeitung“ aber erklärt: „Bekommen wir kein Geld, oder nicht genügend Geld, so holen wir uns einfach „neue Lastenträger“ zur Verbreiterung der Traglasten für die größeren Lasten.“ Offenlich klärt uns nun die „Kreuz-Zeitung“ auch darüber auf, wie sie sich die staatsrechtliche Regelung dieser „Verbreiterung der Traglasten“ denkt, ob hierbei vielleicht eine moderne Form der Leibeigenschaft in den annektierten Provinzen oder sonst Ähnliches ins Auge gefaßt ist, um den Annektionsgedanken eine größere Zugkraft zu verleihen.

Wo soll das hinaus?

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt anlässlich des Rücktritts Esafonows:

„Wir sind weit davon entfernt, auf den Sturz Esafonows und die übrigen Veränderungen im russischen Kabinett Friedenshoffnungen aufbauen zu wollen, halten es aber auch für verfehlt, seine Entlassung, wie es einige Zeitungen tun, als bedeutungslos zu werten. Wenn es möglich ist, diesen Weltkrieg durch Sonderfrieden abzubauen, besteht diese Möglichkeit bei Rußland eher als bei England, und bei einer Herrschaft der Sozialpartei eher als bei einer der Liberalen und Revolutionäre, die westlich orientiert sind und nach dem Kriege eine revolutionäre Erneuerung Rußlands und eine Abrechnung mit dem Zaren erträumen. Wir vertrauen nicht auf von uns nicht beeinflusste Geschehnisse bei unseren Feinden, am allerwenigsten auf einen Personenwechsel zu unseren Gunsten, sondern auf unsere guten Waffen und deren endgültigen Erfolg; aber das schließt nicht aus, daß wir solche Geschehnisse, wenn sie eintreten, unbesungen würdigen und — a u s n ü t z e n.“

Vorläufig ertönt diese gastfreundliche Stimme in der rechtsstehenden Presse noch vereinzelt. Wir sind aber dessen gewiß, daß die „Tägliche Rundschau“ so manchem Konserwativen und Nationalliberalen aus der Seele gesprochen hat.

Das gefälschte Interview.

München, 24. Juli. (W. Z. B.) In den letzten Tagen erreichte in einem Teil der Presse ein in den „Wasser Nachrichten“ veröffentlichtes Schreiben des Münchener Universitätsprofessors Freiherrn v. Stengel an den Anti-Dorlog-Maad wegen der Äußerungen, die der Gelehrte gemacht haben sollte, viel Aufsehen. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreiben dazu: Wir haben von diesen Äußerungen keine Notiz genommen, weil wir von vornherein Zweifel hatten, daß sie authentisch sein könnten. Von dem Unterrichtsleiter Seite erfahren wir nun, daß tatsächlich der ganze von den „Wasser Nachrichten“ verbreitete Vorgang frei erfunden ist, daß der Anti-Dorlog-Maad überhaupt keine Anfrage an Freiherrn v. Stengel richtete und daß dieser deshalb auch keine Antwort geben konnte. Es handelt sich hierbei also um einen unerhörten Mißbrauch, der mit dem Namen des Münchener Staatsrechtslehrers getrieben worden ist. Es liegt die Vermutung nahe, daß hinter dieser empörenden Mystifikation ein Manöver der Ententepresse steckt, das nicht scharf genug verurteilt werden kann.

Soweit das W. Z. B. Es wäre besser gewesen, wenn diese Mittelung schon früher erfolgt wäre. Nachdem einmal die „Frankfurter Zeitung“ die Nachricht übernommen hatte, hätte es Professor Stengel sehr leicht gehabt, durch ein Telegramm die Geschichte schleunigst aus der Welt zu schaffen. Im übrigen büßt Professor Stengel für jene anderen Professoren, deren politische Ergüsse uns an das unglaublichste gewöhnt haben. Hätten wir nicht das erstaunlichste erlebt, so würden auch wir die angebliche Antwort Professor Stengels sofort in das Reich größter Erfindung verwiesen haben.

Weltpolitische Studiengesellschaft.

Am 22. Juli fand in München die Gründung einer deutschen Studiengesellschaft für Weltpolitik statt, dessen Sitz München sein soll. Diese Gesellschaft will ungefähr nach dem Muster, das der Verein für Sozialpolitik gegeben hat, die weltpolitischen Zusammenhänge studieren und die Ergebnisse durch wissenschaftliche Publikationen verbreiten. Es wurde ein Arbeitsausschuß gewählt, dem das Recht zusteht, sich zu ergänzen und dem Mitglieder aller Richtungen angehören. Unter anderen wurden Prof. v. Blume, Geheimrat v. Franl, Kommerzialrat Franke, Staatsminister a. D. v. Frauendorfer, Kampffmeyer, Redakteur der sozialdemokratischen „Münchener Post“, der freisinnige Reichstagsabgeordnete Oberstudientrat Kercksteiner und der Zentrumsabgeordnete Dr. Pfeiffer gewählt. Anfragen sind zunächst an Geheimrat v. Franl, München, Friedrichstraße, zu richten.

Zur Ueberleitung in die Friedenswirtschaft.

Einer Nachrichtenstelle zufolge liegt den Bundesregierungen gegenwärtig der Entwurf einer Bundesratsverordnung zur Begutachtung vor, durch die eine Zentralstelle ins Leben gerufen werden soll für die Ueberleitung unseres Wirtschaftslebens aus dem Kriegszustand in den Friedenszustand. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Beschaffung aller für unsere Industrie notwendigen Rohstoffe und um die damit im Zusammenhang stehenden Fragen des Schiffsraums und der Baluta. An der Spitze der Zentralstelle soll ein Reichskommissar für Uebergangswirtschaft stehen. Die Angelegenheit ist bereits im Beginn dieses Jahres im Reichstag Gegenstand von Erörterungen in der Kommission für Handel und Gewerbe gewesen. Anlaß dazu gab eine Petition des Verbandes sächsischer Industrieller, die verschiedene Maßnahmen für die Beschaffung ausreichender Rohstoffe und für den Schutz der heimischen Erzeugung gegen die Auslandskonkurrenz in Vorschlag brachte.

Volkszählung in Serbien.

Vom österreichischen Militärgeneralgouvernement wurde ein Zentralstatistisches Amt errichtet, mit dessen Leitung Oberleutnant Dr. Präger betraut wurde. Das Statistische Amt, das alle Zweige der Statistik umfassen soll und dem auch die wichtige Aufgabe zusteht, den Wert des serbischen Staatseigentums zu ermitteln, hat bereits mit den Vorarbeiten begonnen, und es soll noch im Laufe dieses Monats eine Volks- und Viehzählung durchgeführt werden.

Das tägliche Brod.

Abchlachtung von Milchflühen.

Der Zentralviehhändlerverband schreibt uns: Auf den Viehhändlerstellen des Viehhändlerverbandes ist in den letzten Wochen festgestellt worden, daß eine große Zahl Milchflühe abgeliefert wurden, die noch sehr erhebliche Mengen Milch geben. Auf einer der größten Sammelstellen ist die Zufuhr der zum Schlachten bestimmten Milchflühe jetzt so umfangreich geworden (unter 1200 Rindern fast 600 Kühe), daß sich eine beträchtliche Zahl von Frauen und Mädchen täglich anfinden, die die Ställe, ja selbst die einfahrenden Viehflühe in allen Tagen und Nachmittagen aufsuchen und die Milchflühe ausmelken. Die Milchmengen, welche von diesen Schlachttieren auf den Sammelstellen gewonnen werden, sind ganz erheblich (bis 8 Liter täglich) und beweisen, daß wir mit der Schlachtung dieser Milchflühe auf völlig verkehrtem Wege sind. Durch die Umlage und die Enteignung, die leider im Lande oft nicht nach den Anweisungen der Staatsregierung und den Wünschen des Zentralviehhändlerverbandes durchgeführt wird, werden heute in jeder Woche Tausende von Milchflühen abgeschlachtet und infolgedessen wird die Milch- und Butternot von Woche zu Woche immer größer.

Die Zentralorganisationen für die Volksernährung haben sich jetzt mit dieser Frage befaßt, und es steht zu erwarten, daß das Verbot der Abchlachtung von Milchflühen demnächst erlassen wird. Inzwischen werden alle Instanzen, die im Lande mit dem Verkauf betraut sind, aufmerksam gemacht, Kühe, die überhaupt noch Milch geben, in den Betrieben zu lassen; denn es ist richtig, diese Kühe weiter zur Zucht zu benutzen und so die Buttererzeugung wirksam zu unterstützen. Der Fleischbedarf muß dann aus anderem Vieh gedeckt werden, und wenn dieses nicht ausreicht, wird sich eben die Bevölkerung mit noch weniger Fleisch befehlen können und müssen.

Fischpreise.

Das „Kriegsernährungsamt“ teilt mit:

„Durch eine Organisation, welche die Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise zum Zwecke der Verfolgung wie auch der Preiskontrolle im Winter geschaffen hat, ist es gelungen, dieses so wichtige Nahrungsmittel überall unter einer solchen Preisbeobachtung zu halten, daß Uebervorteilungen des Publikums, sofern die betreffende örtliche Preisprüfstelle überhaupt ordnungsmäßig ihres Amtes walte, so gut wie vollständig ausgeschlossen sind. Die Organisation ist an den vier großen Auktionsorten Hamburg, Altona, Bremerhaven, Westermünde getroffen worden auf der Grundlage, daß täglich Durchschnittspreise für Durchschnittsware für die hauptsächlich in Betracht kommenden Fischarten, wie Kabeljau, Schellfisch, Scholle, Seelachs usw. festgestellt und sofort nach Feststellung telegraphisch über Berlin weitergegeben werden, so daß die betreffenden örtlichen Preisprüfstellen schon am nächsten Morgen in der Lage sind, die Preise, welche an diesem Tage oder vielleicht erst am nächsten oder übernächsten Tage dort in der Eispackung von den erwähnten Auktionsorten eintreffen, vollständig unter Kontrolle zu halten. Es sind auch noch weitere Vorkehrungen getroffen, daß sowohl die bezogenen Fische ihrer Bezugsquelle nach als wie die vom Großhändler verlangten Preise genau beobachtet werden können. Die Reichsprüfungsstelle hat mit den zuständigen Organisationen Vereinbarungen getroffen, daß auch der Großhandel selbst an den Auktionsorten sich mit einem nur angemessenen Nutzen zufriedengeben muß und Uebervorteilungen so gut wie ausgeschlossen sind. Wie billig nun beispielsweise diese Fische sich stellen, geht daraus hervor, daß vor kurzem beispielsweise in Hamburg die vorzüglichsten Nordseefische im Großhandel mit 40 Pfennig, soweit ganz große Fische, und bis zu 5 Pfennig herunter, soweit kleinere Fische in Betracht kommen, verkauft worden sind, so daß also im Winterlande die beste Ware bei reichlichem Nutzen des Zwischenhandels zu etwa 60 Pfennig bis zu 10 oder 15 Pfennig pro Pfund hat bezw. hätte verkauft werden können. Die Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise in Berlin ist auch bereit, den örtlichen Verwaltungsbehörden der Städte und sonstigen höheren Gemeinden im vorstehenden Sinne ihre Unterstützung zur Versorgung der Bevölkerung nach Möglichkeit zuteil werden zu lassen. Selbstverständlich sind die oben erwähnten Preise Ausnahmen und können und sollen nicht etwa als allgemein und ständig bezeichnet werden.“

In Wirklichkeit sind die Fischpreise ganz außerordentlich hoch, so daß alle Ermunterungen zur Verwendung von Seefischen wenig Erfolg haben können.

Zucker zur Vieherhaltung.

An den Präsidenten des Kriegsernährungsamts sind von vielen Seiten Eingaben und Vorstellungen gekommen, die dringlichst bitten, es möge die Verwendung wichtiger Nahrungsmittel zur Bereitung alkoholischer Getränke eingestellt werden. Wir besondern Nachdruck ist dagegen Stellung genommen worden, daß große Mengen Zuckers zur Vieherhaltung verwendet werden sollen. Das Kriegsernährungsamt schreibt dazu: Zucker ist zur Bereitung von untergärrigem Bier, das bekanntlich die Hauptmenge bildet, überhaupt nicht und auch zur Bierbereitung von obergärrigem Bier nur in ganz verschwindend geringem Ausmaße freigegeben worden, im ganzen in einer Menge, die auf die zweite Hälfte des Zuckerwirtschaftsjahres gerechnet, dem zehntausendsten Teil der gesamten Verbrauchsmenge entspricht.

Einfuhrverbot für Fohlen.

Das durch Bundesratsbeschluß vom 24. Juli 1916 erlassene Einfuhrverbot für Fohlen im Alter bis zu 2 1/2 Jahren soll verhindern, daß Käufler im Auslande sich einen wilden Wettbewerb machen und durch Hochtreiben der Preise die Landwirtschaft schädigen. Das königlich preussische Landwirtschaftsministerium kann ausnahmsweise von dem Verbot zulassen und wird auf dieser Grundlage die Einfuhr regeln.

Reichsprüfungsstelle. Nachdem durch Bekannmachung vom 20. Juli eine Reichsprüfungsstelle für Speisefette geschaffen worden ist, geht die Zuständigkeit des bisherigen Butterverteilungsbezirks auf diese über.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Von der Filiale Groß-Berlin des Töpferverbandes erhalten wir folgende Zuschrift:

Am Freitag, den 21. Juli, befaßte sich eine Funktionärskonferenz der Berliner Filiale des Töpferverbandes, zu der circa 80 Personen erschienen waren, mit dem Bericht des „Vorwärts“ in dessen Nr. 197 vom 20. Juli. Sämtliche Redner betonten, daß schon die Ueberschrift dieses Berichtes irreführend sei und sensationell erscheine. In keiner Weise hat die Generalversammlung am 18. Juli zu dem Parteistreit Stellung genommen, weil eben nur der Geschäftsbericht des Vorstandes zur Verhandlung stand und ferner Parteistreitigkeiten nicht in Gewerkschaftsversammlungen zu erörtern sind. Nur die Tatsache, daß bei dem Geschäftsbericht des Vorstandes erwähnt wurde, daß an die Mitglieder im Felde auch die „Fadel“ und andere Druckchriften geschickt worden sind, führte zu einer Diskussion und zeitigte den Beschluß, an die Mitglieder im Felde Leinwand-Druckchriften mehr zu senden, wobei jedoch die den Standpunkt der Minderheit, noch solche, die den Mehrheit verzeihen. Es wurde also nichts weiter als vollständige Neutralität in dem Parteistreit verlangt. Uebrigens wurde der Beschluß nicht „einstimmig“ gefaßt, die Abstimmung hatte nur ergeben, daß eine Mehrheit dafür war, weshalb sich die Gegenprobe erübrigte.

Selbst die Antragsteller in der Generalversammlung äußerten in der Funktionärskonferenz ihre unerbötliche Verwunderung über die Art, wie der „Vorwärts“ über diesen Vorgang berichtet hat. Einstimmig und ohne Widerspruch wurde verlangt, in aller Kürze dem „Vorwärts“ eine Verichtigung zur Veröffentlichung zuzusenden, was hiermit geschieht.

Zentralverband der Töpfer und Verursgenossen Deutschlands.
Filiale Groß-Berlin.

J. A.: Karl Brückmann.

Der Funktionärskonferenz des Töpferverbandes sind einige Irrtümer unterlaufen, die wir uns genötigt sehen, richtig zu stellen. Zunächst heißt es, hätten sämtliche Redner der Sitzung betont, schon die Ueberschrift unseres Berichtes sei irreführend und sensationell. In keiner Weise hat die Generalversammlung zu dem Parteistreit Stellung genommen. — Ja, wo ist denn das im „Vorwärts“ behauptet worden? Die Ueberschrift unseres Berichtes lautet durchaus untreuefend: „Die Berliner Töpfer über Parteistreit und Gewerkschaften?“ Und dann wird ebenso zutreffend berichtet, man habe die Fernhaltung des Parteistreites aus dem Verband verlangt, die Gewerkschaft habe anderes zu tun.“ Auch die Funktionärskonferenz des Töpferverbandes hat nach dieser Richtung hin keine anderen Feststellungen getroffen, sondern den Tatbestand nur in andere Worte gekleidet: „Es wurde also nichts weiter als vollständige Neutralität in dem Parteistreit verlangt.“ Gerade das haben wir aber berichtet!

Man könnte fast meinen, die Funktionärskonferenz des Töpferverbandes habe sich mit dem Bericht des „Vorwärts“ beschäftigt, ohne daß ihr derselbe vorlag, wenn nicht zum Schluß eine wirkliche kleine Differenz sich ergäbe. In unserem Bericht heißt es, der Beschluß gegen die Versendung der „Fadel“ und sonstiger politischer Schriften sei einstimmig gefaßt. Die Funktionärskonferenz stellt fest, es habe keine Gegenprobe stattgefunden. Wir nehmen davon gern Notiz, möchten aber bemerken, daß bei dem Mangel einer Gegenprobe ein Irrtum leicht möglich ist und die Frage, ob Mehrheit oder Einstimmigkeit nachträglich kaum zweifelstfrei entscheiden läßt.

Deutsches Reich.

Reichskonferenz der Textilarbeiter.

Am Sonntag, den 23. Juli, fand, wie wir bereits durch Privattelegramm meldeten, im Café Schützenhaus in Bamberg eine Reichskonferenz der Textilarbeiter und der mit der Textilindustrie verwandten Berufe statt. Es waren 156 Teilnehmer anwesend. Sie setzten sich zusammen aus Vertretern der folgenden Organisationen: Deutscher Textilarbeiterverband, Gewerksverein der Textilarbeiter (Hirsch-Dunder), Schneiderverband, Quimacherverband und Schuhmacherverband. Als Vertreter von Behörden waren anwesend: für die Stadt Bamberg Bürgermeister Wächter, für die Regierung Oberfrankens Rechtsrat Louisle. Bürgermeister Wächter hieß die Delegierten willkommen und versprach ihnen weitestgehende Befürwortung ihrer Wünsche, soweit dieselben erfüllbar sein würden. Zweck der Konferenz war die Aufstellung der Mängel, die sich an der Fürsorge für die durch Beschlagnahme von Rohstoffen und Arbeitsbeschränkung in ihrem Verdienst beeinträchtigten Arbeiterkategorien gezeigt haben, und die Aufstellung von Forderungen zwecks Erhöhung der Unterstützung.

Referenten waren der Reichstagsabgeordnete Jäckel-Berlin und der Gewerkschaftssekretär Reichelt-Spremberg. Sie gingen mit der heutigen recht unvollkommenen Fürsorge für die arbeitslosen Textilarbeiter scharf ins Gericht und rügten vor allem deren Unzulänglichkeit und den ihr anhaftenden Fehler der Uneinheitlichkeit, wie auch das offensichtliche Bestreben der oberen wie der unteren Verwaltungsbehörden, die Unterstützung möglichst zu ersparen. Es wurde der Grundgedanke aufgestellt, daß die Arbeiter, welche durch Kriegsmassnahmen verdienstlos werden, ein unverbrüchliches Recht auf Unterstützung aus Staats- und Reichsmitteln haben. Die Unterstützung dürfe nicht den Charakter einer Armenunterstützung tragen und müsse unter allen Umständen so bemessen sein, daß sie auch der durch den Krieg gezeitigten Teuerung aller Bedarfsartikel in ausreichendem Maße Rechnung trage. Die Arbeiterschaft habe ein Recht darauf, ihre Arbeitskraft sich auch über den Krieg hinaus zu erhalten. Das liege nicht allein in ihrem eigenen Interesse, sondern auch in dem der gesamten Industrie und ihrer späteren Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt, der doch Deutschland nach dem Kriege nicht dauernd verschlossen bleiben könne. Die ausreichende Unterstützung liege auch im Interesse der Lösung des viel besprochenen Bevölkerungsproblems. Je mehr die Arbeiterschaft sich ihre Arbeitskraft erhalte, um so zeugungsfähiger werde sie auch sein, und je besser die Mütter genährt seien, um so mehr befähigt und geneigt würden sie sein, Kinder zu gebären und aufzuziehen. Deshalb müsse jede Kleinlichkeit bei Zuzahlung und Zuzahlung der Unterstützung ausgeschaltet werden und jedem Sparmaßnahme-Grundgedanke der höhere soziale und volkswirtschaftliche Grundgedanke entgegenwirken: Lieber ein Zubiel als ein Zubienig.

Die Referate wurden in der Diskussion von den Rednern der verschiedenen Berufsorganisationen wirksam ergänzt und sodann die nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die Reichskonferenz der aus allen Teilen Deutschlands erschienenen Vertreter der Textilarbeiter und der Arbeiter der Bekleidungsindustrie ist überzeugt, daß die behördlichen Massnahmen zur Einschränkung der Herstellung und Verarbeitung textiler Fasern und Stoffe, sowie anderer Bekleidungsgegenstände, wie Schuhwaren, notwendig waren.

Die infolge dieser Massnahmen und Rohstoffmangels in den davon betroffenen Berufen vorhandene ganze und teilweise Arbeitslosigkeit hat einen gewaltigen Umfang angenommen, deren Wirkung nur durch eine umfassende Unterstützungsaktion gemildert werden kann.

Die Reichskonferenz weist darauf hin, daß die bisherige Textilarbeiterfürsorge durch die selbständige Behandlung in den einzelnen Bundesstaaten eine zu vielgestaltige ist, die meist zum Nachteil der unterstützungsberechtigten Arbeiter eine Einheitlichkeit nicht aufkommen läßt. Ein weiterer Nachteil für die

Arbeitslosen besteht in der Heranziehung der Gemeinden zur Aufbringung der Mittel. Die Konferenz ist der Ansicht, daß Reich und Staat die Mittel für die Fürsorge allein aufzubringen haben unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die zu unterstützenden Opfer des Krieges sind.

Von der Voraussetzung ausgehend, daß auch die Regierungen gewillt sind, die Höhe der Unterstützung so zu bemessen, daß damit ein Auskommen in der jetzigen Zeit der außerordentlichen Teuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel möglich ist, hält die Reichskonferenz eine Erhöhung der Unterstützung und Erleichterung der Bezugsmöglichkeiten dringend geboten. Amtliche Preisberichte ergeben, daß die Lebensmittelpreise im Durchschnitt um 90 Proz. seit Beginn des Krieges gestiegen sind und zur Ernährung einer Familie von vier Köpfen ein Betrag von rund 41 M. pro Woche notwendig ist. Mit diesem Durchschnittssatz muß auch die Unterstützung in Einklang gebracht werden, wenn der Gefahr einer allgemeinen Unzufriedenheit und gesundheitlichen Schädigung durch Unterernährung der Unterstützten rechtzeitig begegnet werden soll.

Aus diesem Grunde bedauert es die Reichskonferenz außerordentlich, daß durch den Beschluß des Bundesrats vom 13. April 1916 eine bedeutende Verschärfung der Vorschriften über den Bezug der Unterstützung eingetreten ist, wodurch ein großer Teil der zu unterstützenden geschädigt werden kann. Die geforderte Prüfung der Bedürftigkeit gibt zu Massnahmen Veranlassung, welche eine Verschlechterung der Fürsorge zur Folge haben. Daher ist die Erregung in den Kreisen der betroffenen Arbeitslosen, namentlich bei der täglich anziehenden Tendenz des Lebensmittelmarktes sehr verständlich.

Die Reichskonferenz erhebt aber auch energischen Widerspruch gegen den in der Begründung des Bundesratsbeschlusses enthaltenen Vorwurf, daß arbeitslose Textilarbeiter und -arbeiterinnen sich weigern, Arbeit anzunehmen, um Unterstützung beziehen zu können. Tatsächlich sind Beweise nicht zu erbringen, daß Arbeiter und Arbeiterinnen den Grundgedanken der Fürsorge entsprechende Arbeit nicht angenommen haben. Die Beschäftigung zehntausender Textilarbeiter und -arbeiterinnen in anderen Industrien, auch außerhalb ihres Wohnortes und in der Landwirtschaft sind Beweis genug für das Gegenteil.

Mit der Beschäftigung in der Landwirtschaft ist die Reichskonferenz für solche Arbeitslose einverstanden, die dazu geeignet sind und schon früher in der Landwirtschaft gearbeitet haben. Allerdings unter der Voraussetzung einer sittlich, hygienisch und moralisch einwandfreien Unterbringung und anständiger Behandlung und entsprechender Entlohnung unter Gewährung eines bestimmten Regelsatzes der gebotenen Unterstützung.

Die Reichskonferenz fordert nun aus all diesen Erwägungen heraus:

1. eine den gesteigerten Lebensbedürfnissen entsprechende allgemeine Erhöhung der Unterstützungssätze;
2. Wegfall von Anordnungen der Kriegsfamilienunterstützung auf die Textilarbeiterfürsorge, ebenso kleiner Renten und dergleichen;
3. eine gerechtere, auf die Arbeiterinteressen mehr als bisher rücksichtnehmende Handhabung aller in Sachen der Textilarbeiterfürsorge erlassenen Vorschriften.

Das auch eingeladene Reichsamt des Innern hatte sein Fernbleiben von der Konferenz mit dienstlicher Verhinderung entschuldigt. Die Konferenz war davon nicht erbaut, betrachtete aber das „Reorientierung“, denn früher sei es vorgekommen, daß hohe Behörden ihr Fernbleiben von Arbeitertagungen nicht einmal zu entschuldigen suchten, obwohl sie für Tagungen „angesehener Volkskreise“ immer so glücklich waren, die nötige Zeit zu finden.



Es liegt im Interesse der Allgemeinheit, daß Sie jetzt nicht mehr Garderobe kaufen, als Sie unbedingt benötigen.

Es liegt in Ihrem Interesse, daß Sie das, was Sie an Garderobe benötigen, bei uns kaufen!



Königsstraße 33

Sonntags geschlossen!

Chausseestraße 113

Aus der Partei.

Die Versöhnungskonferenz.

Aus Nürnberg wird uns berichtet: Die freie Zusammenkunft von Parteigenossen verschiedener Richtungen...

Die versammelten Parteigenossen haben eine Reihe von Vorschlägen erdogen, deren Beteiligte in der nächsten Zeit geplant ist.

Die Zusammenkunft, die keine Sonderkonferenz darstellt — sie war sowohl von Anhängern der Fraktion, wie der Arbeitsgemeinschaft besucht — ist überzeugt, daß ihr Bemühen in den weitesten Kreisen der Parteigenossen fruchtige Unterstützung finden wird.

Spaltung in Mülhausen?

Unter diesem Titel hat vor einigen Tagen die J. A. Korrespondenz nachfolgende Notiz verbreitet, die dann ihre Kunde durch die bürgerliche und die Parteipresse machte:

In der „Mülhauser Volkszeitung“ teilt Abg. Emmel mit: „Im Einverständnis mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat Unterzeichneter es übernommen, während des Krieges die Parteibeiträge entgegenzunehmen.“

Bei Kriegsbeginn wurden alle Vereine in Elsaß-Lothringen aufgehoben. Eine Vereinsbetätigung ist seither nicht mehr möglich.

Ein sinngemäß gleicher Aufruf erschien erstmalig am 28. Februar 1915 und wurde von Zeit zu Zeit wiederholt. Wahrscheinlich in Unkenntnis dieser Dinge greift die J. A. die letzte Aufforderung auf.

Aus den Organisationen.

Am Sonntag, den 23. Juli, fand in Zeit die Generalversammlung für den Wahlkreis Raumburg-Weihenfeld-Zeit statt, die von 48 Delegierten aus 88 Parteiverein besucht war.

Der Hauptpunkt der Generalversammlung war das Thema: „Sozialdemokratie und Krieg“. Referenten dazu waren Thiele, der den Mehrheitsstandpunkt der Fraktion ausführlich vertrat, und Vogt, der die Gründe der Minderheit darlegte.

Der am 23. Juli in Zeit tagende Kreisstag des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Raumburg-Weihenfeld-Zeit kann sich mit der Politik der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nicht befremden. Mit Rücksicht auf das Verhalten der Fraktionsmehrheit läßt er die Aktionen der Minderheit für durchaus gerechtfertigt.

Eine von Thiele vorgeschlagene Resolution, die von einer Beschlußfassung abgehen wollte, war dadurch erledigt.

Es folgten die Neuwahlen, die mit der einstimmigen Wiederwahl des Vorsitzenden und der fast einstimmigen Wahl der Mitglieder des Zentralvorstandes und der Wahlkommission endeten.

Das Schiffsunglück auf der Oberspreew.

21 Todesopfer — Kapitän Rannwischer in Haft genommen.

Die Zahl der bei dem entsetzlichen Unglück auf der Dahme bei Grünau ums Leben gekommenen Personen ist auf 21 gestiegen; 21 Leichen sind gelandet und festgestellt worden.

Ob damit die Totenliste endgültig geschlossen ist, steht auch heute noch nicht unbedingt fest. Es wird angenommen, daß das Motorboot „Anna“ mit mehr als 40 Personen besetzt gewesen ist, doch wird auch damit gerechnet, daß außer den bisher bekannt gewordenen noch einige gerettet worden sind, die nach anderen Stellen gebracht und sich von dort bald entfernt haben.

Der Lokaltermin, der Montagnachmittag um 1/5 Uhr an der Unfallstelle abgehalten worden ist, hat mehrere Stunden gedauert. Es wurden sehr eingehende Untersuchungen angestellt und mehrmals mußten der Dampfer „Hindenburg“ unter Führung des Kapitäns Rannwischer und ein von dem Wasserbauamt Köpenick gestelltes Polizeimotorboot die Unfallfahrt demonstrieren.

Die Toten sind sämtlich in der Köpenicker Leichenhalle untergebracht. Ihre behördliche Freigabe dürfte, soweit die Feststellung der Personlichkeit ganz einwandfrei erfolgt ist, was aber augenblicklich noch nicht bei allen Leichen der Fall ist, sofort erfolgen.

Aus Groß-Berlin.

Die Hirsche des Prinzen Friedrich Leopold.

Prinz Friedrich Leopold ist glücklicher Besitzer ausgedehnter Waldungen bei Dreilinden und Glienicke. Diese Waldungen sind stark von Damhirschen bevölkert. Man kann öfter Rudel bis 30 Stück beobachten.

Ich hatte empfohlen, so schreibt Herr Dr. Flamm, das Feld durch einen billigen Jaun seitens des Prinzen einfriedigen zu lassen oder aber mit der Absicht zu erlösen. Der Landrat wandte sich an die Güterverwaltung des Prinzen und teilte mir am 20. April mit, daß jene Verwaltung ihr eigenes Gebiet so vollständig einzäunen werde, daß kein Wild mehr austreten könne.

Seute schreiben wir den 25. Juli; seit meinem ersten Antrag sind vier Monate vergangen, und noch heute wartet der Jaun, dessen zahlreiche Durchlässe sämtlich ohne Türen sind, auf seine Fertigstellung.

sondern es ruhig geschehen läßt, daß das Wild in starken Rudeln Nacht für Nacht die Saaten schädigt.

Es scheint mir in dieser schweren Kriegszeit, in der wir kaum die nötigsten Nahrungsmittel beschaffen können, in der viele Menschen schwer darben müssen, als ein öffentlicher Skandal, daß einem Sportinteresse die Feldfrüchte geopfert werden.

Die Klagen des Herrn Professors sind voll berechtigt. Man muß sich wundern, daß solche Klagen überhaupt in heutiger Zeit erhoben werden müssen.

Gegen Ausbeutung der Kriegsbeschädigten.

Das Oberkommando in den Marken erläßt folgende Bekanntmachung:

Um der Gefahr einer Ausbeutung der Kriegsbeschädigten durch private Unternehmer und einer den wirklichen Interessen der Kriegsbeschädigten nicht entsprechenden Berufsberatung vorzubeugen, bestimme ich hiermit für das Gebiet der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand:

I. Es ist verboten

- 1. die öffentliche Ankündigung privater Lehrgänge, welche zum Zwecke der Berufsbildung Kriegsbeschädigter eingerichtet oder bestimmt sind...
2. jede mündliche oder schriftliche Aufforderung an Kriegsbeschädigte zur Teilnahme an privaten Lehrgängen...
3. jedes einem Kriegsbeschädigten geltende öffentliche oder persönliche (schriftliche oder mündliche) Angebot zum Vertrieb von Waren jeglicher Art;
4. Kriegsbeschädigten Werkzeuge, Maschinen, Musikinstrumente oder andere dem Erwerbe dienende Gegenstände gegen Sicherheitsleistung oder auf Abschlagszahlung zum Kauf ohne vorherige ausdrückliche Aufforderung des Käufers anzubieten.

II. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

Der Oberbefehlshaber in den Marken
gez. von Kessel
Generaloberst.

Die Fahrgeschwindigkeit der Dampfer.

In der Presse wird jetzt aus Anlaß des Unfalles plötzlich gefordert, man möge die Fahrgeschwindigkeit der Dampfer auf der betroffenen Strecke einschränken. Das ist ganz unbillig. Das Wasser ist an der Unfallstelle 400 Meter breit, ein Torpedoboot könnte dort in voller Fahrt laufen; für die schmalen Wasserläufe ist aber eine Mäßigung der Geschwindigkeit bereits vorgesehen.

Grundpreis für Mais. Der Magistrat zu Berlin gibt bekannt, daß der Grundpreis für Mais vom 1. August 1916 ab von 490 M. auf 465 M. für die Tonne ermäßigt wird.

Eierabgabe in Gast- und Schankwirtschaften. Nach einer heute erlassenen Verordnung des Magistrats dürfen in Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, in Vereins- und Erfrischungsräumen sowie in Fremdenheimen, Konditorien und ähnlichen Betrieben Eier (frisch oder gekocht) und Eierpeisen nur von 1/12 bis 4 Uhr (für den Mittagstisch) und von 7 bis 11 Uhr (für den Abendstisch) verabreicht und entgegengenommen werden.

Die Fleischkarte in den Gastwirtschaften.

Der Magistrat Berlin hat, um Mißstände, die sich herausgestellt haben, zu beseitigen, die Fleischkartenverordnung vom 20. Juni 1916 in zwei Punkten wesentlich geändert. Einmal wird das Kopffleisch der Fleischkarte unterworfen, so daß auch in Gastwirtschaften fortan jede Art Fleisch von Rindern, Kälbern, Schafen oder Schweinen, mit Ausnahme der Luter und Fische, nur gegen Fleischkarte abgegeben werden darf.

Des ferneren hat der Magistrat die Bestimmung des § 15 der Fleischkartenverordnung beseitigt, wonach Brot oder Brötchen mit kaltem Aufschnitt in Schank- und Speisebetrieben ohne Fleischkarte abgegeben und entnommen werden dürfen. Hierzu war der Magistrat mit Rücksicht auf die mißbräuchliche Ausnutzung der Verfügung einer Anzahl von Gastwirtschaften gezwungen. Dieser Notwendigkeit gegenüber mußten die Bedenken, welche gegen die Aufhebung des § 15 sprechen und welche vom Magistrat durchaus gewürdigt werden, zurücktreten.

